

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Hans Podiuk

ANTRAG
29.09.14

Unterkünfte für Flüchtlinge und Wohnungslose gerecht im Stadtgebiet verteilen, Integrationsmöglichkeiten schaffen, gesamteuropäische Verantwortung einfordern

1. Die Stadtbezirke, in denen nach der Ausbauoffensive 2014/2015 zwei zusätzliche Großstandorte (200 und mehr Plätze) entstanden sind und insgesamt Unterkünfte für 600-650 Flüchtlinge oder Wohnungslose bestehen, werden zunächst von weiteren Planungen für Unterkunftsplätze ausgenommen.
2. In den Stadtteilen, in denen große Erstaufnahmekapazitäten vorhanden sind, werden keine weiteren Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge oder Bettplätze für Wohnungslose eingerichtet.
3. Für die Schaffung von Unterkünften werden vorrangig umwandelbare Büroimmobilien geprüft. Die TaskForce soll erneut prüfen, ob dadurch in Planung befindliche neue Standorte entfallen können.
4. Alle zur Integration im Stadtbezirk notwendigen zusätzlichen Maßnahmen (z. B. Unterstützung der ehrenamtliche Betreuung, Schulsozialarbeit, Kinderspielflächen, Sportmöglichkeiten usw.) werden umgehend eingeleitet und durchgeprüft.
5. Die Landeshauptstadt München fordert die Bundesregierung, ggf. auch über eine Initiative des Deutschen Städtetags, nachdrücklich auf, gegenüber den europäischen Partnern die strikte Einhaltung der Verträge und der entsprechenden Dublin-Vereinbarung einzufordern. Gegebenenfalls sind Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Die Bundesregierung wird gebeten, die Verfahren nach der Dublin-Vereinbarung konsequent zu vollziehen.
6. Die Landeshauptstadt München fordert die Bundesregierung auf, den Schwerpunkt der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit solchen Ländern zu verstärken, aus denen ein Großteil der sog. Armutsflüchtlinge kommen.

7. Die Bundesregierung wird gebeten, derzeit leerstehende Kasernen zur Verfügung zu stellen, um die überfüllten Erstaufnahmeeinrichtungen zu entlasten.

Begründung:

Die CSU-Stadtratsfraktion in München ist sich der großen Verantwortung der Landeshauptstadt bei der Unterbringung der stetig steigenden Zahl an Flüchtlingen und wohnungslosen Menschen bewusst und möchte auch den notwendigen Anteil dazu leisten.

Um eine möglichst große Akzeptanz der Bevölkerung für die steigende Zahl an Flüchtlingen und Wohnungslosen, die in München untergebracht werden müssen, zu erreichen, ist es unabdingbar notwendig, dass eine gerechte Verteilung der Unterkünfte über das gesamte Stadtgebiet erfolgt.

Bei der Planung neuer Unterkünfte oder wesentlicher Änderungen in den Einrichtungen ist größtmögliche Transparenz den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber erforderlich. Die Bezirksausschüsse werden als Nahtstelle zwischen Anwohnern und Verwaltung frühzeitig und umfassend informiert.

Auch der Bund muss aufgefordert werden, gegenüber den europäischen Partnern auf die vertraglichen Bestimmungen sowie die konsequente Umsetzung der Dublin-Vereinbarung zu drängen. Letztlich soll die Bundesregierung aufgefordert werden, den Schwerpunkt der Entwicklungshilfe an aktuellen Flüchtlingsproblematiken auszurichten.

Hans Podiuk, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender